

Über die Produktion von Wissen

Forschung und Beratung in den internationalen Beziehungen
und in der Außenpolitik: Zwölf Thesen zur Situation in Deutschland



Prof. Dr. GUNTHER HELLMANN, geb. 1960, ist Professor für Politikwissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M.

Gunther Hellmann und Peter Rudolf | **Die Wissenschaft hat in der Wissensgesellschaft zwar ihre Sonderstellung verloren, nicht aber ihre Rolle als Produzent von Wissen. Was also bedeutet die Einebnung der Differenz zwischen wissenschaftlichem und nichtwissenschaftlichem Wissen für die Teildisziplin der Internationalen Beziehungen (IB)? Ein Orientierungsversuch.**¹

1. Entzauberung der Wissenschaft

Die hoch entwickelten Demokratien der Gegenwart werden häufig als Wissensgesellschaften beschrieben, weil in ihnen Wissen (verstanden in einem breiten Sinne als Handlungsvermögen) eine geradezu existenzielle Bedeutung erlangt hat. Zu den drei wichtigsten Charakteristika der Wissensgesellschaft zählt Peter Weingart: (1) die Verwissenschaftlichung von Gesell-

schaft und Politik; gemeint ist damit, dass sich gängige Formen und Praktiken wissenschaftlicher Reflexion auf immer mehr Bereiche der Gesellschaft und der Politik ausbreiten und dort institutionalisiert werden; (2) die damit wechselseitig eng verknüpfte Politisierung der Wissenschaft – also die Behauptung, dass sich die Wissenschaft selbst dann, wenn sie es wollte, dem Zugriff der Politik nur noch



Dr. PETER RUDOLF, geb. 1958, Politikwissenschaftler, ist Leiter der Forschungsgruppe Amerika an der SWP in Berlin.

¹ Dieser Beitrag fasst die wichtigsten Ergebnisse und Folgerungen der gemeinsam von der Sektion „Internationale Politik“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft sowie der Stiftung Wissenschaft und Politik durchgeführten Tagung „Zum Verhältnis Wissenschaft und Politik: Die neuen Internationalen Beziehungen an der Schnittstelle eines alten Problems“ im März 2005 sowie der im Anschluss veröffentlichten Beiträge zusammen. Auf Belege wird hier weitgehend verzichtet. Diese finden sich jedoch in: Gunther Hellmann (Hsrg.): *Forschung und Beratung in der Wissensgesellschaft. Das Feld der internationalen Beziehungen und der Außenpolitik*, Baden-Baden 2006, sowie bei Peter Rudolf: *Außenpolitikevaluation. Konzeptionelle Überlegungen zu einem vernachlässigten Bereich der Außenpolitikanalyse*, Berlin: SWP, Forschungsgruppe Amerika, Diskussionspapier, Februar 2007, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=3749. Tagung und Tagungsband wurden ermöglicht durch großzügige finanzielle Unterstützung der Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung sowie des Vereins der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M. Für kritische Anregungen zu diesem Beitrag danken wir insbesondere Frank Schimmelfennig und den Teilnehmern des Workshops „Zum Verhältnis Wissenschaft und Politik“ im November 2006 in Berlin.

schwer entziehen kann, weil Wissen immer mehr zu einem zentralen Element der Legitimierung politischen Handelns geworden ist und entsprechend von allen Akteuren im politischen Prozess zur Rechtfertigung ihrer Forderungen mobilisiert wird; sowie (3) die Medialisierung der Wissenschaft, d.h. die Behauptung, dass die Wissenschaft aufgrund der zentralen Stellung der Medien im öffentlichen Diskurs nicht nur zu einem wichtigen Ansprechpartner der Medien wird und sich ihrerseits auf deren Anforderungen in neuer Weise ausrichten muss, sondern auch, dass Forschungsergebnisse aufgrund der Verwertungsmechanismen der Medien nicht selten verkürzt werden.

Ein Begleitprodukt der Transformation der Industrie- zur Wissensgesellschaft ist zudem, dass sich der Status von Wissen ganz generell verändert hat. Einerseits sind immer mehr Bereiche sozialen Handelns auf wissenschaftliches Wissen angewiesen. Andererseits verliert dieses zunehmend seine privilegierte Sonderstellung als gesichertes Wissen, weil sich mittlerweile selbst bei den vermeintlich objektiven Naturwissenschaften die Überzeugung eingestellt hat, dass nicht nur objektive wissenschaftsinterne Regeln, sondern auch wissenschaftsexterne Faktoren die Ergebnisse wesentlich beeinflussen. Das frühere Bild der Wissenschaft als einer Forschungspraxis, die als objektiver, d.h. streng kontrollierter, unparteiischer und von logischen Ableitungen gekennzeichnete Prozess begriffen werden kann, lässt sich vor diesem Hintergrund nicht mehr halten. Selbst in den vermeintlich „harten“ Wissenschaften hat sich in den letzten Jahr-

zehnten die Auffassung durchgesetzt, dass Wissenschaft immer auch ein sozialer Aushandlungsprozess unter den an ihr Beteiligten ist.

2. Pragmatisierte Wissenschaften

Der Verlust der epistemischen Sonderstellung der Wissenschaft und die damit einhergehende Einebnung der Differenz zwischen wissenschaftlichem und nichtwissenschaftlichem Wissen bedeuten allerdings nicht, dass die Rolle der Wissenschaften grundsätzlich in Frage gestellt wird. Ganz im Gegenteil: In den letzten Jahren ist eine gewisse Gegenbewegung festzustellen, die der Wissenschaft trotz aller Entzauberung früherer Idealisierungen einen angemessenen Platz unter den Produzenten des Wissens zurückerobern will. Diese Position gründet in der Auffassung, dass Wissenschaft eine professionelle Tätigkeit ist, die wie andere Professionen auch gewissen Standards genügen muss, für den Fall der Einhaltung dieser Standards allerdings auch beanspruchen kann, eine Form von Wissen bereitzustellen, die etlichen Formen nichtwissenschaftlichen Wissens überlegen ist – zumindest dann, wenn bestimmte Parameter gegeben sind. Zu diesen professionellen Standards wissenschaftlicher Tätigkeit gehören vor allem Experimentierfreudigkeit und genuine Neugier, die Beachtung bewährter disziplininterner Forschungsstrategien und -techniken, Wahrhaftigkeit und Unbestechlichkeit im Umgang mit Forschungsproblemen sowie die Bereitschaft, die eigenen Ergebnisse durch die Forschungser-

Wissenschaft kann eine Form von Wissen bereitstellen, die nichtwissenschaftlichem Wissen überlegen ist.

gebnisse anderer bzw. den Dialog mit der Gemeinschaft der Forschenden widerlegen zu lassen. Die Beachtung solcher Standards hat in der Geschichte der Wissenschaft einen beträchtlichen Zuwachs an Prognose- und Steuerungsfähigkeit bewirkt.

3. Imperative der Wissensgesellschaft

Wissenschaft und Politik folgen unterschiedlichen Systemlogiken. Sie sind gleichzeitig notwendig aufeinander bezogen – und dies umso mehr, je stärker Politik Entscheidungen als auf gesichertem Wissen basierend legitimieren und Wissenschaft ihre Existenz im Hinblick auf eine breitere gesellschaftliche Nützlichkeit ihrer Ergebnisse rechtfertigen muss. Die Imperative der Wissensgesellschaft und die Zwänge einer verschärften globalen

Wissenschaft und Politik folgen unterschiedlichen Systemlogiken.

Standortkonkurrenz, in der Wissen zunehmend zu einem entscheidenden Standort-

faktor wird, gewährleisten beides. Einem an einem engen ökonomistischen Nützlichkeitsideal orientierten Verwertungsanspruch können allerdings nicht alle wissenschaftlichen Disziplinen entsprechen. Wie die jüngsten Erfahrungen der so genannten „Exzellenzinitiative“ des Bundes und der Länder in der Hochschulpolitik zeigen, ist die Lage für die Geisteswissenschaften besonders prekär. Zwischen den Geisteswissenschaften auf der einen und den Natur-, Ingenieur- und Lebenswissenschaften auf der anderen Seite nimmt die Politikwissenschaft mit ihren unterschiedlichen Teildisziplinen eine mittlere Position ein. Ihre jüngere Geschichte

weist – bezogen auf die gängigen Charakteristika der Wissensgesellschaft – allerdings eher gegenläufige Tendenzen auf. Während die These einer zunehmenden Politisierung der Wissenschaft zumeist auf die Ingenieur-, Natur- oder Lebenswissenschaften gemünzt wird, ist die Politikwissenschaft in den letzten beiden Jahrzehnten eher in den Genuss eines Verwissenschaftlichungs- oder zumindest eines Professionalisierungsbonus gekommen. Lange Zeit musste sie sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, eigentlich gar keine richtige, sondern vielmehr eine politisierte Wissenschaft zu sein. Gerade in den letzten Jahrzehnten hat sich aber sowohl in den Selbstbeschreibungen des Faches als auch in gängigen Fremdbeschreibungen das Bild einer zunehmend professionalisierten Fachwissenschaft durchgesetzt. Nicht zuletzt die politikwissenschaftliche Teildisziplin der Internationalen Beziehungen (IB) konnte davon in Deutschland profitieren.

4. Prämierung der Theoriearbeit

Versucht man die Struktur der IB als politikwissenschaftliche Teildisziplin in einer umfassenderen wissenschaftssoziologischen Typologie sämtlicher Disziplinen zu verorten, so erscheint sie (mit Ole Wæver gesprochen) als eine Wissenschaft, in der zum einen die intradisziplinäre Konkurrenz sehr viel stärker auf dem Feld der Forschungsagenden als auf dem spezifischer Forschungsmethoden ausgetragen wird. Zum anderen ist sie gekennzeichnet durch eine Privilegierung der Theoriearbeit gegenüber anwendungsorientierter Forschung. Diese kommt insbesondere darin zum Ausdruck, dass Forschungseliten entweder ein

dominantes Forschungsprogramm durchsetzen oder doch zumindest die begrenzten Ressourcen auf ein überschaubares Set von konkurrierenden Denkschulen aufteilen und kontrollieren. Ein wichtiges Vehikel ist ein stark hierarchisch organisiertes System wissenschaftlicher Zeitschriften. Je höher eine Zeitschrift in dieser Hierarchie rangiert, desto stärker wird sie Theoriearbeit prämiieren. Weil die Karrierechancen beträchtlich steigen, wenn man in den Zeitschriften an der Spitze der Hierarchie publiziert, ist der Andrang entsprechend groß und die Erfolgsrate entsprechend niedrig. Große Bedeutung kommt daher auch den „gate-keepers“ in den Redaktionen und wissenschaftlichen Beiräten der begehrtesten Zeitschriften zu.

Unabhängig davon, ob eine Forschungsagenda dominant ist oder ein Nebeneinander konkurrierender Denkschulen zu beobachten ist: In beiden Fällen gilt, dass Professuren in der Regel unter jenen verteilt werden, die sich theoretisch profiliert haben. Entsprechend unterentwickelt ist im Zweifelsfall sowohl das Interesse an als auch die Kompetenz für anwendungsorientierte Forschung. Allerdings lässt sich auch beobachten, dass das Interesse an Letzterer nicht selten dann stärker zum Vorschein kommt, wenn akademische Karrieren gefestigt sind und (zusätzliche) neue Aktionsfelder jenseits der fachinternen Profilierung erschlossen werden sollen.

5. Professionalisierung und Reputationssteigerung

Die Tatsache, dass die deutsche IB in den vergangenen zwei Jahrzehnten einen beträchtlichen Professionalisierungsschub vollzogen hat, spiegelt

sich nicht nur in einer deutlichen Zunahme eigenständiger theoretischer Profilierungen und steigender internationaler Konkurrenzfähigkeit (gemessen an der Platzierung von wissenschaftlichen Aufsätzen in den kompetitivsten englischsprachigen Zeitschriften), sondern auch in einer zunehmenden Anerkennung durch das deutsche Wissenschaftssystem, in den Medien und in der Politik. Dies gilt selbst dann, wenn man zugesteht, dass die Klage (vermeintlich) fehlender „Praxisrelevanz“ immer noch zu vernehmen ist – und aus Sicht des SWP-Forschers

unter den beiden Autoren zumindest mit Blick auf die Beiträge in der *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* durchaus nachvollziehbar erscheint. Diese Klage klingt allerdings weit weniger überzeugend, wenn man in Rechnung stellt, dass sich die professionellen akademischen Standards der Politikwissenschaft weit über die Akademie hinaus ausgebreitet haben – und dies nicht zuletzt auf Veranlassung der Politik. Denn diese hat sich beispielsweise darauf eingelassen, das Wissenschaftssystem selbst (vertreten durch den Wissenschaftsrat), jene eher politiknahen (z.B. HSFK, ISFH), teilweise sogar unmittelbar als Ressortforschungseinrichtungen firmierenden Institutionen (SWP), nach Kriterien evaluieren zu lassen, die zumindest in wichtigen Teilen innerakademischen Evaluationspraktiken entstammen und die früher in diesen Einrichtungen lediglich eine untergeordnete Rolle spielten. Umgekehrt lässt sich in den letzten Jahren auch ein geschärf-

Die Klage fehlender „Praxisrelevanz“ ist immer noch zu vernehmen – und gelegentlich nachvollziehbar.

tes Bewusstsein innerhalb der akademischen IB für die Notwendigkeit einer (noch) stärkeren Öffnung gegenüber den praktischen Anforderungen der Gesellschaft und Politik registrieren. Allerdings geschieht dies vor dem Hintergrund der Selbstwahrnehmung, dass praktische Probleme immer schon in hohem Maße die Forschung angeleitet haben. Und es erfolgt zudem mit dem (Selbst-)Bewusstsein, dass IB-Wissenschaftler nur deshalb (und dann) legitimerweise einen Anspruch auf Teilhabe am öffentlichen Diskurs beanspruchen können, weil (und wenn) sie eine Expertise vorzuweisen haben, die spezifischen wissenschaftsinternen Gütekriterien entspricht.

6. Strukturelle Wissensasymmetrien

Die IB als akademische Disziplin und (von ihrem Profil her recht unterschiedliche) Forschungseinrichtungen wie CAP, DGAP, HSFK oder SWP stehen nur für einen kleineren Teil der Wissensproduzenten im Feld der internationalen Politik. Wenn For-

Auch Journalisten, Geheimdienste, Diplomaten „forschen“ über Außenpolitik.

schung verstanden wird als regelgeleitete Suche nach neuem Wissen, dann wird diese nicht nur von IB-Wissenschaftlern an Universitäten oder von Experten in außeruniversitären Forschungseinrichtungen betrieben. In diesem breiten Sinne über internationale Politik und Außenpolitik geforscht wird dann auch von Journalisten in Zirkeln der Macht und Redaktionen, von Lobbyisten in profitorientierten Beratungseinrichtungen, von Diplomaten im Auswärtigen Amt oder von Mitarbeitern des BND im Auslandseinsatz.

Wissensproduktion erfolgt dabei nach je eigenen professionellen Selbstverständnissen und Anforderungen. Eine wichtige Erfolgsbedingung moderner Wissensgesellschaften ist, wie diese unterschiedlichen Wissensproduzenten in einer feldspezifischen „Wissensordnung“ (Peter Weingart) organisiert werden, d.h. wie möglichst viele einschlägig ausgewiesene Wissensproduzenten nicht nur an der Regulierung der Wissensbestände beteiligt, sondern auch systematisch verkoppelt werden. Im Feld der Außenpolitik ist diese Koppelung noch schwieriger als in anderen Feldern, weil hier die strukturelle Wissensasymmetrie zwischen den beteiligten Wissensproduzenten noch größer ausfällt und nicht einfach aus dem Weg zu räumen ist. Dies liegt erstens an spezifischen Methoden und Vokabularen zum Erwerb von Wissen, die etwa die Diplomatie und die Geheimdienste pflegen und die der Wissenschaft schon deshalb häufig fremd sind, weil sie wenig erforscht (und auch nicht leicht erforschbar) sind. Und es liegt zweitens ganz generell an der Praxis der Geheimhaltung und den Regeln der Verwertung des erworbenen Wissens, die hier gepflegt werden.

Diese unterschiedlichen Praktiken sind auch verantwortlich dafür, dass das Verständnis füreinander auf allen Seiten suboptimal ausgebildet ist. Wenn aber zugleich die Prämisse stimmt, dass alle aufeinander angewiesen sind, um die Wissensproduktion innerhalb einer Wissensordnung zu verbessern, dann besteht eine zentrale Aufgabe der Wissen(schaft)organisation darin, Mechanismen und/oder institutionelle Foren zu erfinden, in denen sie gezwungen sind, einander

(besser) verstehen zu lernen. Wie beim Erlernen einer neuen Sprache setzt eine grundlegende Verständigung nicht voraus, dass man jedes Detail versteht, wohl aber, dass man versteht, worum es dem anderen im Wesentlichen geht. Die Voraussetzungen hierfür zu schaffen – d.h. auf Seiten aller Wissensproduzenten Anreize dafür zu schaffen, dass die Fähigkeit ausgebaut wird, sich wechselseitig verständlich(er) zu machen – ist eine der dringlichen Aufgaben in der Organisation des Wissensfelds der internationalen Politik und der Außenpolitik.

Eine Möglichkeit etwa wäre, dass Einrichtungen wie die SWP, die HSFK oder die DGAP, die an der Schnittstelle zwischen akademischer Forschung einerseits sowie außen-/sicherheitspolitischer Forschung in der Ministerialbürokratie andererseits angesiedelt sind, regelmäßig Veranstaltungen (in Form von größeren Konferenzen und/oder kleineren Workshops) organisieren, die explizit auf den Austausch zwischen „Forschern“ aus allen Teilen der außen- und sicherheitspolitischen Wissensproduktion ausgerichtet sind. Wenn sowohl das Wissenschaftssystem als auch die Politik entsprechende Anreize schaffen würden, könnte der auf allen Seiten beobachtbare Neigung vorgebeugt werden, solche Tagungen zugunsten von Veranstaltungen zu meiden, bei denen man mit seinesgleichen ohne große Übersetzungsanstrengungen schnell(er) eine gemeinsame Basis findet.

7. Produktives Spannungsverhältnis

Gute sozial- und politikwissenschaftliche Forschung sollte idealiter sowohl einen Beitrag zur Weiterentwicklung

der theoretischen Diskussion leisten als auch Antworten auf wichtige Probleme der realen Welt geben. In der Forschungspraxis der IB überwiegt meist die Orientierung in die eine oder andere Richtung. Theorieorientierte Forschung nimmt ihren Ausgang zu meist von theorieimmanenten „puzzles“, d.h. sie ist – zumindest sofern sie dem Ideal positivistischer Wissenschaftlichkeit verpflichtet ist – an der Überprüfung und dem Test von Theorien orientiert. Aus konkurrierenden Theorien werden Vorhersagen für das

zu Erklärende abgeleitet, die an strategisch ausgewählten Fällen vergleichend überprüft werden. Der Nutzen von Theorien wird daran gemessen, ob sie die überzeugendere kausale Erklärung liefern und daher auch die besseren Vorhersagen ermöglichen. Wenn die Ergebnisse am Ende zu neuen, vielleicht kontraintuitiven Einsichten führen, ist sogar die wissenschaftliche Kür geglückt.

Die wissenschaftliche Arbeit an politikberatenden Forschungsinstituten ist dagegen primär politikorientiert, insofern reale politische Probleme der Ausgangspunkt sind, das Ziel nicht vorrangig die Weiterentwicklung der theoretischen Diskussion ist und – idealtypisch überspitzt formuliert – weniger Erklärungs- als Orientierungswissen die wissenschaftliche Arbeit leitet. Gute politikorientierte Forschung kann und sollte aber auch einen Beitrag zur Theoriediskussion leisten, d.h. sie sollte den kritischen Dialog mit der nicht nur primär theorieorientierten, sondern häufig auch im Blick auf die Generierung ihrer

Sich wechselseitig verständlich(er) zu machen, ist eine dringliche Aufgabe im Wissensfeld der Außenpolitik.

Fragestellungen allzu sehr auf die interne Wissenschaftsdiskussion fixierter akademischen Forschung suchen. Das kann z.B. dadurch geschehen, dass in einem verstetigten Dialog zwischen beiden Expertenkulturen das wechselseitige Verständnis für unterschiedliche Sichtweisen geschärft wird, worin die drängenden praktischen Probleme bestehen und wie sie

theoretisiert werden könnten. Zu fragen wäre in einem solchen Dialog: Erforschen wir die wirklich relevanten Themen, stellen wir die richtigen Fragen?

Erforschen wir die wirklich relevanten Themen, stellen wir die richtigen Fragen, verwenden wir die geeigneten theoretisch-methodischen Ansätze?

8. Mehrdimensionale Praxisrelevanz

Praxisrelevanz ist ein gerne benutztes Schlagwort, wenn das (vermeintlich) defizitäre Verhältnis der IB zur Politik beschrieben werden soll. Eine gängige Klage lautet, dass allzu viele „Mönche“ der IB eine „obskure Terminologie“ pflegten, die nur noch jene verstünden, die bereit seien, sich auf die entsprechenden „scholastischen Sprachspiele“ einzulassen (William Wallace). Dies ist in jedem Falle zu kurz gegriffen, denn alle Indikatoren deuten darauf hin, dass die IB-Wissenschaftler in ihrem Selbstverständnis nicht nur „praxisrelevant“ sein wollen, sondern dies auch – im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel – weit mehr sind, als ihnen von den Kritikern zugestanden wird.

Richtig ist zwar, dass in manchen Feldern der IB-Theorie (etwa der so genannten „postmodernen“ Theorie oder auch der Spieltheorie) „Probleme“ behandelt werden, die jedem

Nichteingeweihten fremd vorkommen mögen, aber diese Spielarten der IB-Theorie sind keineswegs repräsentativ. Das Stichwort des so genannten „demokratischen Friedens“ – also der Theorie, dass Demokratien untereinander keine Kriege führen – mag als Beleg dafür genügen, dass auch eine Forschung, die dem Laien auf den ersten Blick fremd erscheinen mag, hohe praktische Relevanz gewinnen kann.

Hinzu kommt, dass die Definitionshoheit darüber, was „praxisrelevant“ genannt werden darf, keineswegs ausschließlich den Praktikern in der Ministerialbürokratie und im Parlament überlassen bleiben sollte. Denn wenn man dies täte, wird die IB notgedrungen scheitern müssen. Wenn beispielsweise die Anforderung an eine „wissenschaftliche Informationsdienstleistung“ dergestalt formuliert wird, dass die Ratgebenden einerseits in „großer kommunikativer Nähe zur Politik“ agieren sollten und ihr Rat gleichzeitig „fundierte, aktuell, praxisnah und politisch durchsetzbar“ sein muss, wie das ein früherer Staatssekretär im Auswärtigen Amt einmal formulierte, dann werden hier Wissensprodukte eingefordert, die von keinem seriösen Wissenschaftler geliefert werden können – und zwar unabhängig davon, ob dieser sich primär durch Theoriearbeit oder anwendungsorientierte Forschung definiert. Was für „die Praxis“ als „relevant“ gelten kann, ist daher letzten Endes von denen auszuhandeln, die in einer Demokratie für „die Praxis“ stehen – und dazu zählt im Wissensfeld der internationalen Politik eben nicht nur die Exekutive, personifiziert durch Diplomaten, Soldaten und Geheimdienstmitarbeiter, sondern auch eine

breite Öffentlichkeit, zu der das Parlament, die Medien, interessierte Laien und profitorientierte Lobbys genauso gehören.

Wenn wir das gängige Verständnis praxisrelevanter Forschung der Politik zu Grunde legen, kann die IB in dreifacher Hinsicht eine praxisrelevante Leistung erbringen: Erstens kann sie einigermaßen verlässliches wissenschaftliches Expertenwissen über außenpolitisch relevante internationale, regionale und nationale Entwicklungen und Strukturen bereitstellen. Zweitens kann sie die beabsichtigten und unbeabsichtigten Folgen von Außenpolitik untersuchen, um so den politisch Handelnden und der Öffentlichkeit Rückmeldung über die Wirkungen staatlicher Außenpolitik und die Effektivität der eingesetzten Ressourcen zu geben. Und drittens: Da außenpolitisches Handeln nie theoriefrei ist und außenpolitische Akteure von impliziten theoretischen Annahmen geleitet sind, kann politikorientierte Forschung einen Beitrag zu deren Problematisierung leisten, indem sie außenpolitisch Handelnden die oft sehr fragwürdigen Prämissen ihres Denkens vor Augen führt.

Dieser weit gefassten Praxisrelevanz für die Politik stehen jedoch die selbstreferenziellen immanenten Relevanzkriterien der Praxisgemeinschaften entgegen, in denen Forscher sich ihrer Reputation versichern. Insofern kann die verstärkte Professionalisierung der IB in Deutschland im Sinne einer klarer abgegrenzten Praxisgemeinschaft unter praxeologischem Gesichtspunkt durchaus bedenkliche Konsequenzen haben: Sie kann einer multidisziplinär verankerten Beschäftigung mit praktischen internationa-

len und transnationalen Problemen entgegenwirken. Deren Komplexität erfordert ja in vielen Fällen eine Zusammenarbeit über Fachgrenzen, wie sie im Ideal der International Studies angestrebt, aber selten erreicht wird. Selbst die in der politikwissenschaftlichen Diskussion immer wieder geforderte Integration von Internationalen Beziehungen und Vergleichender Politik wird allzu selten eingelöst.

9. Desideratum I: Normative Theorie

Normative Fragen internationaler Politik spielen im gesellschaftlichen Diskurs immer wieder eine prominente Rolle. Doch diese Diskussionen überlässt die IB weitgehend Völkerrechtlern, Philosophen und Publizisten. Die Politikwissenschaft, die von ihren Ursprüngen als Integrationswissenschaft

her ganz besonders zu normativen (nämlich ethische, politische und völkerrechtliche Argumente verbindenden) Reflexionen in der Lage sein sollte, bleibt nicht nur in Deutschland merkwürdig stumm. Politikwissenschaftliche Arbeiten zu normativ-ethischen Fragen der Außenpolitik sowie grundlegende normative Reflexionen praktischer Probleme sind in der IB-Forschung allgemein, aber auch in außenpolitischen Forschungsinstituten nur selten zu finden.

Die konstruktivistisch inspirierten Arbeiten zur Rolle von Normen in der internationalen Politik in der deutschen IB können (und wollen) diese Lücke auch nicht füllen. Ihr Fokus liegt nämlich eindeutig im Bereich empirischer und nicht normativer

Die Diskussion normativer Fragen überlässt die IB häufig Völkerrechtlern, Publizisten, Philosophen.

Theorie. Es geht ihnen um Beschreibung und Erklärung, in welchem genauen Verständnis auch immer. Es geht nicht um die moralische Dimension der internationalen Politik, nicht um die Frage, wie internationale Institutionen ethisch zu bewerten sind, nicht um eine diskursive Infragestellung häufig vorschnell gewonnener normativer Prämissen deutscher oder

europäischer Außenpolitik, nicht um die Frage, was eine ethisch begründete Außenpolitik konkret tun sollte.

eine ethisch begründete Außenpolitik in konkreten Entscheidungssituationen tun sollte. Genau diese Fragen sollte die akademische IB aber verstärkt aufgreifen. Wenn sie die gängigen Qualitätsanforderungen an ihre wissenschaftlichen Produkte auch hier zum Maßstab machen würde, könnte dies der IB nicht nur zu größerer öffentlicher Aufmerksamkeit verhelfen, sondern es wäre auch ein Beitrag zur qualitativen Verbesserung eines oftmals recht oberflächlichen außenpolitischen Diskurses.

10. Desideratum II: Außenpolitikevaluation

Politikevaluation, d.h. die Untersuchung der Effektivität von Strategien und Programmen, ist in zahlreichen Ländern institutionalisiert. Außenpolitik ist international allerdings ein weißer Fleck der Politikevaluation. Institutionalisierte Evaluation ist weitgehend auf die Entwicklungspolitik beschränkt; und selbst da mangelt es an wirklichen „impact evaluations“ – Untersuchungen, die der Frage nachgehen, ob Veränderungen tatsächlich auf die untersuchten Programme zurückzuführen sind. Evalu-

ationen in anderen Bereichen der Außenpolitik, wie sie seit einiger Zeit das „Policy and Evaluations Department“ im niederländischen Außenministerium in Auftrag gibt, sind international nach wie vor die Ausnahme.

Auch in der wissenschaftlichen Außenpolitikanalyse ist Politikevaluation nach wie vor ein Thema, das nur sporadische Aufmerksamkeit auf sich zieht. In der wissenschaftlichen Literatur dominiert die Frage, wie sich außenpolitische Entscheidungen und Orientierungen erklären lassen. Dass universitäre Forschung diese durchaus kritisch zu verstehende Aufgabe der Außenpolitikevaluation nicht wahrnimmt, dürfte vor allem in der starken Theorielastigkeit akademischer Forschung und der in diese Richtung wirkenden Anreizstruktur des universitären Systems begründet sein. Die Tatsache, dass außeruniversitäre Institute wie die SWP und die Friedensforschungsinstitute sich einer systematischen wissenschaftlichen Evaluation deutscher/europäischer Außenpolitik bislang nicht angenommen haben, ist um so erstaunlicher, aber angesichts der methodischen Probleme nicht ganz unverständlich.

So bleibt in der deutschen außenpolitischen Diskussion die bewertende Bestandsaufnahme vor allem das Geschäft der Kommentatoren. Wo Politikwissenschaftler sich in diese Diskussion einbringen, lassen sie häufig ihren (Vor-)Urteilen freien Lauf. Selbst dort, wo eine Bewertung deutscher Außenpolitik frei von den Aufgeregtheiten der tagespolitischen Diskussion versucht wird, fehlt eine ausdrückliche Darlegung der Kriterien, an denen die Politik gemessen wird. Den Kriterien einer wissenschaftli-

chen Evaluation, wie sie für andere Politikbereiche entwickelt wurden, genügen derartige Studien nicht. Die wissenschaftliche Außenpolitikevaluation bleibt insofern ein Desiderat. Der Ansatz und das Instrumentarium der Evaluationsforschung wurden vor allem in der Sozial-, Bildungs-, aber auch der Umweltpolitik entwickelt, also in Feldern der Innenpolitik, in denen es vor allem um Steuerung sozialer Entwicklungen geht.

Doch es gibt kein grundsätzliches Hindernis, diesen Ansatz in modifizierter Form auf außenpolitische Strategien anzuwenden. Denn auch Außenpolitik zielt vielfach auf Steuerung sozialer und politischer Prozesse und Entwicklungen, allerdings jenseits der eigenen Grenzen. Aufgrund der methodischen Probleme wird nicht immer eine solide Wirkungsanalyse außenpolitischer Strategien möglich sein. Doch bereits mit einer Untersuchung der Kohärenz und Konsistenz der Strategie und des ihr zugrunde liegenden Wirkungsmodells wäre ein wichtiger Beitrag zu deren Bewertung geleistet. Denn Strategiekonzepte lassen sich im Hinblick auf das Wirkungsmodell – wenn nicht als ganzes, dann noch in einzelnen Komponenten – bestimmten Typen, bestimmten „allgemeinen konzeptionellen Modellen“ (Alexander George) und bestimmten zugrunde liegenden Theoremen zuordnen. Zu diesen Strategietypen und ihren Erfolgsbedingungen, aber auch zum Nutzen einzelner außenpolitischer Instrumente – sei es militärischer Macht, sei es wirtschaftlicher Macht in Gestalt von Sanktionen – gibt es in der politikwissenschaftlichen Forschung einiges an Erkenntnissen, auf die Au-

ßenpolitikevaluation als angewandte Wissenschaft zurückgreifen kann. Wenn die Evaluationslücke in der Außenpolitik geschlossen würde, könnten sich neue Formen interaktiver Politikberatung eröffnen, falls sie im Sinne eines lernorientierten kommunikativen Prozesses mit den gestaltenden Akteuren und als Auseinandersetzung mit deren Realitätskonstrukten organisiert würde.

11. Tücken praxisrelevanter IB-Forschung: Bedrohungen

So wie es praxisrelevante Problemstellungen gibt, die sowohl die akademische IB als auch die wissenschaftliche Forschung in politiknahen Einrichtungen eher ausbauen sollten, so gibt es Felder, auf denen sie weit vorsichtiger agieren sollten, weil die jeweiligen Gegenstände zu den besonders heiklen Grenzfällen an der Trennlinie zwischen Wissen und Nichtwissen gehören. Sicherheitspolitische Bedrohungen stellen hier den Pardegrenzfall

Es gibt Felder, auf denen die wissenschaftliche Forschung weit vorsichtiger agieren sollte.

dar. Da es für Staaten von existenzieller Bedeutung ist zu wissen, wer oder was sie bedrohen kann, zählt solches Wissen zu dem besonders begehrten. Was aber würde als gesichertes Wissen über Bedrohungen gelten dürfen? Auf die Frage, ob X (sagen wir: Russland oder Al-Qaida) für Y (z.B. Deutschland oder die EU) eine Bedrohung darstellt, erzwingt das Sprachspiel entweder ein „Ja“, ein „Nein“ oder eine mittlere Positionierung. Jede dieser Antworten ist allerdings nicht lediglich – wie die Frage zu suggerieren scheint – eine (Tatsachen-)Feststellung von der Art „X ist eine Demo-

kratie“, sondern für sich bereits ein hochpolitischer (Sprech-)Akt, weil sich daraus zwingend bestimmte politische Folgerungen ergeben. Wenn X (k)eine Bedrohung für Y ist, dann ergibt sich aus dem Sprachspiel bereits die Richtung dessen, was sinnvollerweise zu tun ist. Für die Außen- und Sicherheitspolitik ist es zwingend, nicht nur diese Frage zu stellen, son-

Gerade jene Felder sind vermintes Gelände, in denen hoher Wissensbedarf besteht.

den auch zu Antworten (und damit auch politischen Schlussfolgerungen) zu kommen – und zwar selbst dann, wenn der Grad der Gewissheit, der mit den jeweiligen Schlussfolgerungen einhergeht, geringer ist als das, was wir normalerweise für „gesichertes Wissen“ halten.

Für die Wissenschaft, die sich ihrem ganzen Selbstverständnis nach auf die Prüfung der Richtigkeit und Angemessenheit einer Behauptung konzentrieren soll, sind solche Aussagen aber höchst problematisch, denn ob X für Y (k)eine Bedrohung darstellt, ist (nach allem, was wir wissen) nicht nur von bestimmten militärischen Fähigkeiten und (aggressiven oder friedlichen) Absichten, sondern auch davon abhängig, wie Y X beschreibt und wie sich dies wiederum auf die Beziehung zwischen beiden auswirkt (Stichwort Sicherheitsdilemma). In der Außen- und Sicherheitspolitik sind also im Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft gerade jene Felder vermintes Gelände, bei denen auf staatlicher Seite eine hohe Wissensnachfrage und ein beträchtlicher Beratungsbedarf besteht, zu dem die Wissenschaft aber schon aus ethischen Gründen jene klaren Antworten verweigern muss,

die die Politik manchmal einfordert. Solche Beobachtungen sind keineswegs eine bloße akademische Fingerübung, wie die von der Bundesregierung beschlossene „nationale Strategie zur Sicherheitsforschung“ zeigt. Bis 2010 sollen im Rahmen dieser Strategie sämtliche Wissenschaften mit einem Fördervolumen von mehr als 100 Millionen Euro ausgestattet werden. Zwar wird das Gros dieser Gelder für die Natur- und Ingenieurwissenschaften ausgegeben werden, um neue Instrumente, Verfahren oder Geräte zu entwickeln, die vor dem Hintergrund einer terroristischen Bedrohung helfen sollen, die Sicherheit zu verbessern. Allerdings sollen auch die Geisteswissenschaften an dieser Strategie beteiligt werden. Es ist jedoch völlig offen, wie eine solche Beteiligung gerade für die – thematisch durchaus einschlägige – IB aussehen könnte, wenn auf der einen Seite sowohl „Ursachen der Radikalisierung und der Entstehung von Bedrohungen“ ergebnisoffen untersucht wie auch „verstärkt Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Ursachenforschung umgesetzt“ werden sollen, dies gleichzeitig aber auch mit einer Beschreibung der Gegenwart verknüpft wird, derzufolge Deutschland bereits jetzt „den neuen Bedrohungen in besonderem Maße ausgesetzt“ ist (Annette Schavan).

Jede auf ihre Unabhängigkeit bedachte Wissenschaft steht hier vor einer Gratwanderung. Denn einerseits ist es natürlich verlockend, an einem umfangreichen Pool neuer Forschungsgelder zu partizipieren, gleichzeitig bedarf es einer sorgsam Abwägung, in welcher Weise sich die Gesellschaftswissenschaften hier ohne Kompromit-

tierung wissenschaftlicher Standards engagieren können. Dies ist zwar nicht prinzipiell unmöglich. Zum Beispiel kann über Bedrohungen im Sinne von Wenn-Dann-Aussagen geforscht werden, die nicht notwendigerweise zu Kompromittierungen führen. Dennoch bleibt dieser Teilbereich der Sicherheitspolitik ein prekäres Feld.

12. Notwendigkeit kritisch-reflexiver wissenschaftlicher Politikberatung

Praxisrelevante IB-Forschung kann der Gesellschaft wissenschaftlich begründetes Wissen zur Verfügung stellen. Wissenschaftlichkeit erfordert dabei immer auch, die Grenzen dessen deutlich zu machen, was wissenschaftlich begründet gesagt werden kann. Es erfordert, die von Medien und Politik oftmals an Experten gerichtete Erwartung zurückzuweisen, in Situationen der Unüberschaubarkeit vermeintliche Gewissheiten zu liefern.

Wissenschaftliche Politikberatung wird immer wieder den Umgang mit Ungewissheit und die Grenzen des „Wissbaren“ vermitteln müssen. Solches die Grenzen des eigenen Wissens reflektierende Expertenwissen ist zugleich immer auch ein Beitrag zur Konstruktion der Realität internationaler Beziehungen. Denn es gibt nicht hier die Politik mit ihren Problemen und dort die Wissenschaft, die Lösungen für diese Probleme bereithält. Wissenschaftliche Politikberatung in diesem kritisch-reflexiven Sinne ist Teil eines Prozesses, in dem die Wahrnehmung der politischen Realität und die Definition von Themen als Probleme mitgeschaffen werden. Ein am szientistischen Ideal orientiertes Wissenschafts- und Theorieverständnis im Sinne des Dreischritts von (1) Erklä-

rung von Gesetzmäßigkeiten, (2) Vorhersagen und (3) Kontrolle/Beeinflussung von politischen Entwicklungen verkennt die konstitutive Rolle von Theorie und impliziert ein technokratisches Verständnis von Politikberatung im Sinne eines direkten Transfers von wissenschaftlichem Wissen in die Politik. Ein pragmatisch-konstruktivistisches Wissenschaftsverständnis erfasst dagegen, dass Theorie nicht eine objektiv dem Handeln vorgegebene Realität

erklärt, sondern Theorie erklärt nicht diese mitschafft – objektiv dem Handeln vorgegebene Realität, dass Wissenschaftler als öffentliche Intellektuelle eine

konstitutive Rolle spielen, dass Wissenschaft in diesem Sinne selbst Praxis ist. Daher sind wissenschaftliche Veröffentlichungen selbst dann auch immer schon Teil einer breit verstandenen Politikberatung, wenn ein unmittelbarer Austausch zwischen Wissenschaft und Politik nicht erkennbar ist. Zu einer solchen Politikberatung können auch jene profitorientierten Lobbys gerechnet werden, die sich zunehmend in der Politikberatungsszene bemerkbar machen, denn eine Pluralität von Engagements ist prinzipiell zu begrüßen.

Gerade für eine akademische Wissenschaft, die (im eigenen Verständnis wie auch im Verständnis der Politik) praxisrelevant sein soll, aber auch für eine auf ihre Unabhängigkeit bedachte wissenschaftliche Forschung in politikenahen Einrichtungen ist es unter diesen Bedingungen jedoch um so wichtiger, Qualitätskriterien dafür zu entwickeln, was gute wissenschaftliche Beratung auszeichnet. Hier liegt ein wichtiges Feld für die nahe Zukunft.